

Von der Not der Pandemie und dem Elend der Verantwortung

STEPHAN LESSENICH

„Nie war die persönliche Verantwortung größer als jetzt“¹: Was dem Handbuch des politischen Neoliberalismus entnommen scheint und somit mittlerweile zeitlose Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen könnte, ist doch die ganz aktuelle, dem Zeitenlauf entsprechende Anrufung der deutschen Bürger*innengesellschaft, kollektiv-individuell ein pandemiegerechtes Verhalten an den Tag zu legen.

Seit Jahrzehnten schon ist persönliche Verantwortungsübernahme oberste Bürger*innenpflicht, ganz gleich, worum es im Einzelfall geht: lebenslang lernen, gesundheitliche Vorsorge betreiben, die eigene Beschäftigungsfähigkeit sichern, den Müll trennen, weniger Fleisch essen, den Stromanbieter wechseln, sich ehrenamtlich engagieren und – in einer lebendigen Demokratie ja wohl gleichfalls Ehrensache! – am Wahlsontag Kreuzchen machen gehen. Die mehr oder weniger (meist weniger) subtile Moralisierung der persönlichen Lebensführung beinahe kaum mehr registrierend, begegnet uns unbewusst verantwortungsbewussten Bürger*innen die ohnehin hochtourig laufende öffentliche Diskursmaschinerie nunmehr seit deutlich mehr als einem Jahr auf nochmals verschärfte Weise. Denn jetzt, im Zeichen des Corona-Virus, geht es nicht mehr nur um uns selbst, und nicht einmal mehr allein um den vielbeschworenen „sozialen Zusammenhalt“, den wir eigentlich herzustellen helfen sollen. Jetzt geht es wirklich ums Ganze, um wahrlich existentielle Fragen: um nichts weniger als um Leben und Tod.

Mit Corona kommt jenes Vergesellschaftungsprogramm zu sich selbst, welches ich zu Zeiten, als Pandemien noch nach Erzählungen aus den grauen Zeiten der Vormoderne klangen, als „neosozial“ charakterisiert habe.² Vor dem Hintergrund der Transformation der europäischen Sozialdemokratie und der „Hartz-Reformen“ in Deutschland zielte der Neoliberalismus „neosozial“ auf eine Soziologisierung herkömmlicher „Neoliberalismus“-Diagnosen. Der Begriff sollte der Einsicht Rechnung tragen, dass die neoliberale Transformation der Gesell-

schaft nicht in deren Ökonomisierung aufgeht und dass der allgegenwärtige politische Appell an die Eigenverantwortung der Subjekte dementsprechend mehr beabsichtigt als nur deren erfolgreiche Selbstökonomisierung.³

Die neoliberalen Regierungsprogrammatik ist vielmehr auch ein großes Moralisierungsprojekt, das die auf eine ökonomische Handlungsrationale verwiesenen Subjekte zugleich einer sozialen Handlungslogik zu unterwerfen trachtet: Die eigenverantwortlichen Marktakteure sollen sich in den Dienst der gesellschaftlichen Gemeinschaft stellen wollen, ihre markt-konforme Selbststeuerung wird diskurspolitisch in den Horizont gemeinwohldienlicher Sekundärtugenden gestellt. Die gesundheitsbewusste Krankenversicherte, der aktive Alte, flexible Arbeitnehmer*innen und Erwerbslose: Sie alle sollen sich selbst als Markt- und Staatsbürger*innen in Personalunion verstehen, als ökonomische und moralische Subjekte, die in und mit ihrer Eigenverantwortung immer auch Sozialverantwortung übernehmen.

Eigenverantwortung in Sozialverantwortung: Auf einen treffenderen Nenner lassen sich die bürgergesellschaftlichen Anrufungen in Zeiten der Covid-19-Pandemie wohl kaum bringen. Was auch immer die Exekutivgewalten beschließen, was auch immer die administrativen Instanzen treiben: Gefragt sind in der Pandemiebekämpfung stets die eigenverantwortlich Sozialverantwortung übernehmenden Bürger*innen: mit ihrem der gesellschaftlichen

Herausforderung gerecht werdenden Individualverhalten steht und fällt die erfolgreiche Krisenbewältigung. Die eigensozialverantwortlichen Subjekte haben es in der Hand, ob das Virus sich ausbreitet oder nicht, ob das Gesundheitssystem kollabiert oder nicht, ob die Großeltern sich infizieren oder nicht, nach der Pandemie noch leben oder aber gestorben sein werden. Eine stärkere Moralisierung individuellen Wohl- und Fehlverhaltens als entlang der Alternative von Leben und Tod aber ist kaum denkbar. Mit Corona hat das neosoziale Steuerungsprojekt seinen dramaturgischen Höhepunkt erreicht.

Nun mag man meinen, dass es zu diesem gar keine gesellschaftspolitische Alternative gebe, selbst in „normalen“ Zeiten nicht, schon gar nicht aber in solchen des epidemiologischen Notstands. Und in der Tat, kein regulatives Programm – weder ein neoliberales noch ein sozialdemokratisches, sozialistisches oder libertäres – kann letztlich gegen die gesellschaftlichen Subjekte umgesetzt werden, ein jedes muss diese „mitnehmen“, weil ein politisches Programm ohne entsprechende soziale Praxis eben nur Programm bleibt. Und doch macht es einen elementaren Unterschied, wie und als was wir Herrschaftsunterworfenen angerufen werden – und ob wir immer nur dann gefragt sind, wenn es gilt, die von Expert*innen ausgeklügelten, unter den Exekutivgewalten ausgehandelten oder in Lobbyist*innenkreisen ausgekunzelten Verhaltensregeln einzuhalten.

1 So lautet die Überschrift eines Kommentars von Cerstin Gammelin auf sueddeutsche.de vom 4.3.2021, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/angela-merkel-corona-mpk-lockerungen-mpk-ministerpraesidenten-inzidenzen-coronavirus-ostern-einzelhandel-markus-soeder-michael-mueller-testen-impfen-1.5224336> (letzter Zugriff: 7.3.2021).

2 Lessenich, S. (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalis-

mus, Bielefeld. Vgl. auch Kessl, F. (2013): Soziale Arbeit in der Transformation des Sozialen. Eine Ortsbestimmung, Wiesbaden.

3 Vgl. Voß, G.G. / Pongratz, H.J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer: Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50(1), S. 131–158.

Dabei sind das neosoziale Projekt im Allgemeinen und die herrschende Corona-Politik im Besonderen durch und durch Mittelschichtsprogramme: Ersonnen und dekretiert von den Repräsentant*innen der Mittelklassen für die von ihnen repräsentierten Mittelklassen. Von der Politischen Soziologie ist bestens belegt, dass Wahlen in der Bundesrepublik eine Sozialveranstaltung der gesicherten Stände sind.⁴ Je besser das Wohnviertel, umso höher die Wahlbeteiligung, je geringer die Teilhabechancen der Leute, desto geringer auch ihre Neigung, die Zusammensetzung der Volksvertretung mitzubestimmen. Und man kann es ihnen nicht verdenken, ihre Wahllenthaltung ist konsequent: Warum sollen sie sich an der Auswahl jener beteiligen, die sich um ihr Wohl und Wehe nicht erst nach der Wahl erkennbar wenig scheren?

Das wird in der Pandemie nur wieder einmal allzu offenkundig. Wie schon bei all den anderen gemeinwohldienlichen Selbstführungsprogrammen, man denke nur an den institutionalisierten Lobgesang auf das „Bürgerschaftliche Engagement“⁵, ist es auch bei der im Zeichen von Corona eingeforderten Verantwortung so, dass es – welch Zufall – die oberen Mittelschichten sind, die ihr bestmöglich gerecht werden können. Distanz wahren, Kontakte minimieren, Quarantäne einhalten: kein Problem, wenn man in einer geräumigen Wohnung lebt, wie selbstverständlich von zuhause aus arbeiten und sich alles Notwendige – und vielleicht auch ein wenig mehr – frei Haus liefern lassen kann. Überhaupt: Wer in den zurückliegenden Monaten die öffentliche Debatte verfolgte, musste den Eindruck gewinnen, dass die Deutschen ein Volk von Heimarbeiter*innen seien – über kaum etwas anderes machten sich die vereinten Mittelschichtsmedien so große Sorgen wie über das Wohlergehen jenes Viertels, maximal Drittels der abhängig Beschäftigten, für die das Home Office überhaupt eine Option ist. Es schien, als säße eine ganze Nation daheim an den Zoomempfängern – während doch faktisch die Mehrheit der Arbeitnehmer*innen entweder ganz „normal“ an ihren Arbeitsstätten

erwartet wurde oder aber sich und ihre Familien mit Kurzarbeitergeld über Wasser halten musste.

Dass die Covid-19-Pandemie – oder genauer: deren politische Bewältigung – ein gigantisches Ungleichheitsverschärfungsprogramm darstellt, wird in der deutschen Öffentlichkeit erst jetzt so langsam thematisiert. Dabei kann man es nicht deutlich genug sagen: Nicht nur das Infektionsrisiko selbst, die Wahrscheinlichkeit eines schweren Krankheitsverlaufs und letztlich die pandemiebedingte Mortalität sind eindeutig sozial strukturiert,⁶ sondern auch die Möglichkeiten des „pandemiegerechten“ Verhaltens. Von den Kosten regelmäßig erneuerter FFP2-Masken bis zu der pädagogischen Ersatzfunktion von Eltern in der euphemistisch „Home Schooling“ genannten privatisierten Kindernothilfe: Die Mitverantwortung der Bürger*innen in der Corona-Krise ist eine Klassenfrage.

Nichts anderes gilt für all die hehren Blütenträume, dass Corona die Gelegenheitsstruktur für eine andere Kultur des sozialen Miteinanders bieten könnte. Während das vermeintlich solidarische Klatschen fürs Krankenhauspersonal hierzulande wohl eher ein Phantom war – wer hat bitteschön jemals entsprechende Praktiken mit eigenen Augen gesehen? –, dürften die vielzitierten nachbarschaftlichen Hilfsangebote ebenso ein Artefakt der publikumswirksamen Selbstüberhöhung wohlsituerter Sozialmilieus sein wie die von über 100 000 Menschen⁷ unterstützte „#ZeroCovid“-Initiative. Als linke Alternative zur erratischen Corona-Politik der europäischen Regierungen gedacht, fordern die Protagonist*innen des Aufrufs einen totalen „solidarischen Shutdown“, den für – so die hehre Hoffnung – „einige Wochen“ durchzuhalten wohl nur für die unterzeichnenden Mittelschichtsangehörigen kein Problem darstellen dürfte. Für die prekären Klassen hingegen werden die von #ZeroCovid imaginierten radikalen Sozialreformen – von der dezentralen Unterbringung Geflüchteter bis zum „sofort“ auszubauenden und zu entprivatisierenden Gesund-

heitswesen – zu spät kommen; wobei sie wohl ohnehin eher Teil einer öffentlichen Aufmerksamkeitsstrategie sein dürften als einer ernsthaften politischen Transformationsabsicht.

Was bleibt dann überhaupt noch zu hoffen – wenn in aller Herren Länder der Impfstoffnationalismus regiert, die politischen Provisionsgeschäfte im öffentlichen Schutzmasken- und privaten Schnelltestgeschäft florieren und selbst die Linke sich nicht anders zu helfen weiß, als die weitestreichenden Viruseliminierungsphantasien zu entwickeln?

„Nie war die persönliche Verantwortung größer als jetzt“: Es ist ja nicht so, dass man dies heute zum ersten Mal hören würde. Der neosoziale Responsibilisierungsdiskurs folgt einer grundsätzlich unabsließbaren Steigerungslogik: Gestern war persönliche Verantwortung für das Gemeinwohl gefragt? Na, heute aber noch viel mehr – und morgen erst! Warum kommt nicht einmal die politische Linke in Deutschland auf die Idee, dass es in der „Corona-Krise“ vordringlich um eines gehen müsste: um eine demokratische Politik mit dem Virus? Statt sich als verlängerter Arm einer Staatsepidemiologie zu geben, die die Fügsamkeit der Bürger*innen zur Verantwortungsübernahme umdefiniert, müsste emanzipatorische Politik in der Pandemie die Verantwortung nicht für die Regelbefolgung, sondern für die Regelsetzung in Bürger*innenhand legen. Der seit Pandemiebeginn andauernde Notstandsexekativismus der Ministerpräsidentenkonferenz ist nicht nur offensichtlich ineffektiv, er ist auch zutiefst undemokatisch. Lokale Corona-Räte, in denen die Pandemiegeschädigten kollektiv und, ja, selbstverantwortet die Pandemiebekämpfung gestalten könnten, wären das bürgergesellschaftliche Gebot der Stunde. Dass dies so utopisch klingt, ist das eigentliche Problem unserer Zeit. ■

AUTOR

STEPHAN LESSENICH, Dr., Professor für Gesellschaftstheorie und Sozialforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main sowie Leiter des dortigen Instituts für Sozialforschung. Forschungsschwerpunkte: Theorie des Wohlfahrtsstaats, Politische Soziologie sozialer Ungleichheit, Kapitalismusanalyse.

@ lessenich@soz.uni-frankfurt.de

4 Schäfer, A. (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a.M.; vgl. auch Manow, Ph. (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin.

5 Neumann, D. (2016): Das Ehrenamt nutzen. Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland, Bielefeld.

6 Vgl. z.B. Bader, N. / Berndt, Ch. / Flade, F. / Ghassim, A. / Grill, M. / Schreijäg, J.: Das ungerechte Virus, in: Süddeutsche Zeitung v. 05.03.2021, S. 15; Uhlmann, B.: Doppelte Pandemie, Süddeutsche Zeitung v. 06./07.03.2021, S. 31.

7 Genau 111774 am 24.06.2021, vgl. <https://zerocovid.org>